

# SPD befürchtet Zweiklassengesellschaft

Lilienthaler Sozialdemokraten machen gegen die geplante Einführung der Kopfpauschale mobil

VON KLAUS GÖCKERITZ

**Lilienthal.** Bisher teilen sich Arbeitnehmer und Arbeitgeber die Beiträge für die Krankenversicherung. Mit diesem solidarischen Prinzip wollen die CDU/FDP-geführte Bundesregierung und Gesundheitsminister Philipp Rösler aufräumen.

An Stelle des solidarischen Prinzips soll eine Kopfpauschale treten. Das bedeutet, dass alle Krankenversicherten das Gleiche



Andrea Vogelsang und Peer Mandera lehnen die Kopfpauschale ab. KLG·FOTO: GÖCKERITZ

zahlen – egal ob Sekretärin, Verkäuferin oder Manager. Gegen diese Pläne gibt es breiten Widerstand. Auch in Lilienthal. Der Ortsverein der SPD lehnt die Kopfpauschale ab, weil er die Regelung für ungerecht und unsozial hält. „Damit werden einzig die Interessen von einzelnen Gruppen, der Pharmazie und der Versicherungswirtschaft bedient, das lehnen wir ab“, betonen Andrea Vogelsang und Peer Mandera.

Beide befürchten eine Zweiklassengesellschaft, bei der Schwächere am Ende zu Bittstellern des Staates würden. Vogelsang rechnet vor: „Eine Verkäuferin mit einem Gehalt von 800 Euro zahlt bisher rund 80 Euro in die Krankenversicherung ein. Mit der Kopfpauschale sind es 150 Euro. Dies wäre genauso viel wie ein Geschäftsführer mit einem Gehalt von derzeit 3000 Euro zu zahlen hätte.“ Ein einheitlicher und einkommensunabhängiger Krankenversicherungsbeitrag für Kleinverdiener und Gutverdienende sei mit den Sozialdemokraten nicht zu machen, betonen sie.

„Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle solidarisch füreinander eintreten und in der die Kosten für die Gesundheit auf alle

Schultern gleichzeitig verteilt werden“, sagt Andrea Vogelsang. Die von der Regierung geplante Kopfpauschale werde rund 85 Prozent aller Versicherten treffen, betonen die Lilienthaler Sozialdemokraten weiter und warnen vor zusätzlichen Einschnitten. Den Plänen zufolge werde die Mitversicherung von Ehepartnern wegfallen, und jeder Erwachsene über 18 Jahre müsse sich selbst krankenversichern. Die Folgen wären von der Allgemeinheit zu tragen. Wie Andrea Vogelsang vorrechnet, seien allein rund 35 Milliarden Euro als Sozialausgleich für all diejenigen nötig, die sich den einheitlichen Beitrag nicht leisten können.

Die Lilienthaler SPD unterstützt deshalb eine bundesweite Kampagne, hinter der unter anderem der Deutsche Gewerkschaftsbund, die Aktionsgruppe Campact, der Verein demokratischer Pharmazeutinnen und Pharmazeuten und viele andere Organisationen stehen.

Der Ortsverein will auch über die Kopfpauschale informieren: Am Sonnabend, 8. Mai, sind die Sozialdemokraten ab 11 Uhr mit einem Stand an der Klosterstraße/Ecke Stadskanaal vertreten.